

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



1.30

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

NR. 24

22.2.1974

INLAND

<u>frankfurt</u>	ereignisse in frankfurt	-1-
<u>hamburg</u>	mieter organisieren sich	-4-
<u>darmstadt</u>	bericht zum wohnungskampf	-5-
<u>bochum</u>	analyse vom opel-streik	-6-
<u>bochum</u>	erstes ausbildungsverbot in nrw	-6-
<u>bochum</u>	gew-fachgruppe gegen faschisten in der schule	-7-
<u>kuddewürde</u>	... und hier wurde auch nach raf gefahndet	-7-
<u>karlsruhe</u>	waetcke folttert lieber ungestört	-9-
<u>bonn</u>	kein arbeitslohn für zwangsarbeit	-9-
<u>berlin</u>	eröffnung eines beratungszentrum	-9-
<u>berlin</u>	die prozesse von haifa	-10-
<u>dortmund</u>	cisnu-demonstration	-10-

AUSLAND

<u>rom</u>	3000 familien besetzten leere häuser	-10-
<u>zürich</u>	volksküche in den hegibachhäusern	-10-
<u>england</u>	mieterstreik	-11-
<u>england</u>	bildung von privatarmee gegen subversive in england	-11-
<u>frankreich</u>	spezialgefängnis in mende	-12-
<u>turin</u>	offener brief der häftlinge von turin an die arbeiter	-12-
<u>iran</u>	permanente hinrichtungen	-12-
<u>portugal</u>	lebensgefahr infolge schalffolter	-13-

DOKUMENTATION

<u>dokument 1</u>	offener brief kölnner bürgerinitiativen	-D1-
<u>dokument 2</u>	ergebnis einer untersuchung,	-D2-
<u>dokument 3</u>	protokoll eines einstellungsgespräches	-D3-
<u>dokument 4</u>	auszug aus der hausordnung in der jva köln-ossendorf	-D5-
<u>dokument 5</u>	unterlassene medizinische hilfe in den haftanstalten	-D6-
<u>dokument 6</u>	prozeßberichte	-D6-
<u>dokument 7</u>	oman, dhofar: konterrevolution versucht befreiungsbewegung zu liquidieren	-D8-

LETZTE MELDUNG die samstags-demonstration in frankfurt

6 frankfurt
homburger str. 36
tel. 0611/774696

postscheckkonto
w.spruck; frankfurt 60
nr. 525228-602

bürozeiten:
mo, mi, fri 11-15 uhr

redaktionsschluß
freitag 20 uhr!

verantwortlich:
peter m. borch
1 berlin33

kontaktzentren:
1 berlin
links-unten red.
tel. 8511344

2 hamburg
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 444003

463 bochum-querenbg
evang.stud.gemeinde
lennerhofstr. 66
baracke VIII
tel. 701465

5 köln
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel. 446171

74 tübingen
aktion pol.buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis-buchhandlung
adalbertstr. 41 b
089/2809522

MONATSABO 5,-

FRANKFURT (ID) DIE EREIGNISSE IN FRANKFURT

21./22. februar am abend verabschiedet sich ein frankfurter spiegel-redakteur vom vorsitzenden der bürgerinitiative westend fresenius mit der bemerkung, es sei schade, daß er nicht dabei sein könne. um 2 uhr nachts erhält der wachdienst des asta die nachricht, die arbeiter der frankfurter abrißfirma lippert wären bereits am mittag nach hause geschickt worden, um sich für einen arbeitseinsatz am frühen morgen auszurufen.

um 3 uhr wird aus dem frankfurter norden eine ansammlung von polizei mit wasserwerfern gemeldet.

in der zwischenzeit rollt vor den besetzten häusern der seit wochen übliche polizeiterror ab. mehrere manschaftswagen rasen vor die häuser, sprechfunkgeräte mit voller lautstärke über die lautsprecher, scheinwerfer aufgeblendet; die häuser werden mit lampen abgeleuchtet, die aufgeschreckten bewohner über lautsprecher angebrüllt: "gleich holen wir euch raus". die bewohner schmeißen einige farb- und wasserbeutel eier und anderes weiche auf die truppentransporter, nach wenigen minuten haut die bande wieder ab.

nächtlicher terror vor den häusern und informationen, die darauf hindeuten, daß die räumung in der nacht erfolgen kann, hat es seit wochen jede nacht gegeben. dazu mehrere fehllarme. daß in der nacht geräumt werden könnte, daran glaubt dann keiner mehr. (um 4.15 uhr beginnt die räumung der vier besetzten häuser.) und so ist zu verstehen, daß das vorwarnsystem, über das in kurzer zeit die stadt alarmiert werden soll, erst anläuft, als kostbare zeit verloren ist. alle aktionspläne gingen davon aus, daß es gelingt, mindestens gleichzeitig mit den bullen bei den häusern zu sein. durch barrikaden und zumauern aller öffnungen im parterre außer einem hochliegenden fenster, das als eingang diente, sollte soviel zeit gewonnen werden, bis die stadt mobilisiert war. das ist bei 3 von 4 häusern mißlungen. nicht, weil die spezialtranierte truppe wie die presse schreibt, durch die fenster und balkone des 1. stocks kamen, sondern weil die haltbarkeit der barrikaden überschätzt wurde und mit einer ausnahme innerhalb der häuser, im treppenhaus keine sperrn gebaut wurden. in der schumannstraße 71 gelang es, durch treppenbarrikaden und rückzug von stockwerk zu stockwerk - immer neue barrikaden bauend, die räumung eine halbe stunde hinauszuziehen. trotz dieser verschärften situation war das verhalten des terrorkommandos gezwungenermaßen diszipliniert. die blockleute sagen, ein paar der "beamten" seien ständig am rande des ausflippens gewesen und hätten sich gegenseitig zur ruhe ermahnen müssen. (insgesamt sind auch im polizeipräsidium die blockbewohner zurückhaltender behandelt worden, als die von der straße weg verhafteten) in der vorbereitung auf die räumung war diskutiert worden, daß die leute in den häusern sich nicht militant verteidigen, weil es an selbstmord begrenzt hätte. die aktionen sollten von der straße aus gehen.

aber durchdachte und einheitliche aktionen kamen in dieser situation nicht zustande. kaum einer aktionsgruppe gelang es, sich zum vereinbarten zeitpunkt und -ort vollständig zu treffen. fehlende orientierung und aufkommende enttäuschung angesichts der umstellten häuser, der verhafteten genossen, lähmten die meisten. um 6 uhr waren über 1000 auf der straße, aber zersplittert und ohne vorstellung, was zu tun sei.

zwischen 6 und 7 uhr gingen 2 demonstrationen in verschiedene stadtteile, viele schaufenster von banken und sparkassen hatten löcher. es wurde versucht, die genossen zu sammeln und die offensive position zurückzugewinnen.

die polizeiführung - polizeipräsident müller (spd) - konnte sich ausrechnen, womit sie nach einer räumung zu rechnen hatte. das taktische konzept für seine truppen sah vor, jede gruppe, die man für aktionsfähig halten konnte, sofort zu zerschlagen. die polizei bildete mobile einsatztrupps. ein netz von streifen, spitzen/sprich zivilen und sonderkommandos war über die stadt gelegt. (gruppen von 20 leuten wurden auf 700 m 6 x angegriffen) das system sollte verhindern, daß solidaritätsaktionen und diskussionen mit der bevölkerung stattfänden. über die größe der vorbereitungen dieser po-

lizeiaktion besteht noch kein Überblick. es ist sicher, daß die us-armee in frankfurt zumindest in die vorbereitungen mit einbezogen wurde. ob dabei über den üblichen "objekt-schutz" hinausgegangen wurde, ist unklar. auch über die methode, den bevorstehenden einsatz zu verschleiern, gibt es erst bruchstückhafte informationen. einmal ist die diensthabende nachtschicht der bereitschaftpolizei nicht abgelöst worden, so daß mit der hinzukommenden tagesschicht nicht ganz doppelte stärke erreicht wurde. zudem soll am flughafen unter dem vorwand von bombendrohungen ein teil der polizeitruppen gesammelt worden sein.

alle waren davon ausgegangen, daß die polizeiführung eine räumung mit möglichst geringer belästigung der bevölkerung durchziehen würde. eher war jetzt da das Gegenteil der fall (wie auch in darmstadt, wo die "traube" mittags um 13.00 uhr gestört wurde). der gesamte straßenbahnverkehr und für den berufsverkehr wichtige hauptstraßen wurden von 4 uhr morgens bis 8 uhr abends gesperrt (durchsage in der straßenbahn: "sehr geehrte fahrgäste, wegen einer sperrung der bockenheimer landstraße wird der verkehr umgeleitet." und ein anderer straßenbahnführer fügte hinzu: "damit die reichen noch reicher werden." mittags hieß es dann offen "wegen der häuserräumung in der bockenheimer landstraße wird die linie umgeleitet").

von 4 bis 21 uhr rasten pausenlos streifenwagen, transitbusse, wasserwerfer, truppentransporter, feuerwehr und krankenwagen durch die stadt. in dem moment, als die sicht morgens einigermaßen ausreichte, so gegen halb 8, kreiste ein polizeihubschrauber über dem aktionsgebiet und der innenstadt. das fotografieren der polizeiaktionen von nicht-presse-leuten wurde dadurch verhindert, daß sofort zivile kamen und erklärten, sie seien bestimmt fotografiert worden und wollten den film haben oder die kamera beschlagnahmen. bis 10 uhr waren neben den 55 blockbewohnern weitere 30 leute von der straße weg verhaftet - die meisten ohne anlaß. passanten mit plastiktüten wurden gefilzt und kirchen, in denen aus solidarität die glocken geläutet hatten, wurden von der kripo bewacht. und so weiter.

um 10 uhr wurden die meisten aktionen abgebrochen und für 12 uhr eine versammlung in der universität angesetzt. dort berichteten die ersten wieder freigelassenen blockbewohner, wie die räumung verlaufen war. in der diskussion wurde versucht, aus der bestehenden situation und den fehlem, die gemacht wurden, zu lernen und ein konzept für den tag zu entwickeln, um aus der defensive herauszukommen. ergebnis: hauptsache ist, der bevölkerung von den ereignissen zu berichten und zu diskutieren, was man dagegen macht, dabei die zusammenhänge zwischen räumung - bürgerkriegsmanöver - tarifabschlüssen und spd-politik zu erklären. wesentlich war in diesem zusammenhang, daß am gleichen tag in frankfurter betriebe(adlerwerke, telefon und normalzeit, messer griesheim) aus protest gegen den 11%-abschluß der gewerkschaften in nrw warnstreiks von einer stunde gemacht worden sind. das bestehende demonstrationsverbot und faktische versamlungsverbot sollte durchbrochen werden, indem sich alle - in kleinen gruppen, nicht einzeln, als schutz vor verhaftungen - auf der fußgängerzone zeil treffen und damit den gemeinsamen zweck diskutieren / demonstrieren durchsetzen. es wurde beschlossen, diese aktion von 16 bis 18 uhr durchzuführen und sich wieder in kleinen gruppen zurückzuziehen. um halb 8 sollte dann auf einem neuen treffen die erfahrungen besprochen und die aktionen für die nächsten tage vorbereitet werden.

um 16.15 uhr hatten sich ca. 3000 auf der ohnehin bevölkerten zeil versammelt. quasi aus der hin- und herlaufenden käufermenge bildete sich plötzlich ein demonstanzzug, aus allen ecken kamen sprechchöre. damit gleichzeitig tauchte ein polizeihubschrauber auf, der dicht über den dächern der kaufhäuser kreisend, die straße auf und ab flog. der demonstanzzug war knapp 2 minuten gebildet, als die polizei auf der gesamten straßenbreite mit wasserwerfern die zeil zu entvölkern versuchte. die quer- und parallelstraßen wurden "freigemacht", sämtliche einsatzkommandos der polizei in 100-mann-stärke. als die ersten tränengasschwaden durch geschäfte und einkaufspassagen zogen, wurde gerufen: "das ist der geruch der neuen lebensqualität!" der angriff der bullen wurde an einigen stellen dadurch zurückgeschlagen, daß zuerst nebelbomben und als die sicht verhindert war, steine hinterherflogen. das konzept der polizei war zum scheitern verurteilt. ihre einzige möglichkeit "fische und wasser" zu trennen wäre gewe-

sen, das gesamte einkaufszentrum zu entvölkern. so mußte sie nach kurzer zeit einsehen, daß passanten und "terroristen" nicht zu unterscheiden waren. so terrorisierte die bevölkerung die polizei.

angesichts des offenen terrors und der ständigen bedrohungen durch den kreisenden polizeihubschrauber brach bei vielen offene wut und haß gegen die bullen aus. in einzelnen aber klaren fällen stellten sich bürger militant gegen den polizeiapparat. in den diskussionen wurde klar, daß die leute begriffen hatten, wessen interessen hier geschützt werden sollten. ("also wenn das so ist, dann simmer dabei"/ "so dreckig wie der deutsche rhein - das kann nur der genscher sein"/ "müller, arndt und bielefeld - arbeiten für bubis geld") wie besprochen zogen sich alle um 18 uhr in gruppen zurück, um den bullen keine gelegenheit zu geben, dann massiv zuzuschlagen, wenn die bevölkerung nach ladenschluß die einkaufsstraßen verläßt. auf dem anschließenden treffen wurde, nachdem die verhafteten berichtet hatten, was sie im präsidium erlebten, beschlossen, am freitag morgen an betrieben, schulen und in den stadtteilen flugblätter zu verteilen, die über die ereignisse informieren und die gemeinsamen interessen klar machen. nach wenigen 10.000 flugblättern war die druckmaschine kaputt. um 17 uhr wurde an der hauptwache ein tribunal abgehalten, auf dem die blockbewohner, die stadtteilgruppe westend und ein jurist über die ereignisse informierten. dabei kam heraus, daß die bullen im lauf des tages nahe daran waren, den überblick zu verlieren. verhaftete erzählten, daß genossen im präsidium abgeliefert wurden, und die bullen vergaßen zu sagen. wo und warum sie überhaupt festgenommen wurden und verschwanden wieder. die festgenommen mußten sofort wieder freigelassen werden. ein verwaltungspolizist sagte daraufhin: "na, bei euch ist das auch nicht besser organisiert." die blockbewohner, sagten, daß presse und rundfunk versuchten, den kampf aus der situation herauszulösen und praktisch als puren widerstand zum selbstzweck darzustellen, nicht als kampf über die tatsächliche verschlechterung der wohnverhältnisse und lebensbedingungen der bevölkerung.

der jurist erklärte, daß für die räumung völlig unhaltbare juristische konstruktionen aufgetischt wurden. so beruht die ganze aktion auf dem polizeirecht - der gerichtsvollzieher war nicht anwesend, wie das gesetz es vorschreibt, obgleich für diesen fall das polizeirecht nicht anwendbar ist. um das zu vertuschen, wurde eine bedrohung der öffentlichen sicherheit erfunden, die das polizeirecht erst in kraft setzt: warum diese bedrohung gerade am 21. gegeben war, ist völlig schleierhaft. auf dem polizeipräsidium lag ein stapel vorgedruckter anzeigen wegen hausfriedensbruch, die spekulant bubis erstattet hatte, obwohl dafür keine juristische grundlage besteht. insgesamt wurde deutlich, daß hier private interessen eines spekulanten einen apparat in bewegung halten, der für öffentliche interessen geschaffen sein soll. die westendgruppe berichtete von 20 häusern im westend, deren räumung oder abriß im laufe des jahres ansteht. das entlarvt eindeutig das gerede der spd, der block "sei die letzte leiche im keller" gewesen, die möbel der hausbewohner wurden von spekulant bubis eigenmächtig und ungesetzlich nach schotten, ca. 100 km von frankfurt entfernt transportiert. als ein paar leute freitag abend hinfuhren, trafen sie dort, mitten auf dem land, streifenwagen und zivil-bullen an.

am samstag um 11 uhr findet eine demonstration statt, politischer inhalt ist dabei: die bevölkerung wird aus der stadt vertrieben/inflation - teuerung - lohnabbau/leerstehende luxuswohnungen (200.000 in der brd)/spekulation. der polizeipräsident hat die demonstration "genehmigt" - als wenn er darüber zu entscheiden hätte. seine auflagen sind: keine schwarzen helme, wenn ein stein aufgehoben wird, muß mit allen polizeilichen mitteln verhindert werden, daß er auch geworfen wird. die demonstration geht vom opernplatz los, sollte irgendetwas dazwischen kommen, trifft man sich - siehe oben - zum einkaufen auf der zeil. (dabei sollte man einkaufsmäßig gekleidet sein.) die obdachlosen genossen werden in der nächsten zeit auf jeden fall zusammen bleiben, vorerst wohnen sie in einer etage eines studentenwohnheims.

in hannover und hamburg kam es am freitag zu solidaritätsaktionen. in hannover wurden flugblätter verteilt, in hamburg spendeten teilnehmer eines teach-ins - an dem rudi deutschke teilnahm - geld für den frankfurter häuserkampf. geld- und sachspenden an: asta der universität, 6000 frankfurt, jügelstr. 1, kennwort: häuserrat.

HAMBURG (ID) MIETER ORGANISIEREN SICH - MIETSTREIK UND KAMPF GEGEN MIETERHÖHUNG

februar 74

1971: die saga (stadteigene wohnungsbaugesellschaft, gemeinnützig, in hamburg, besitzt 80 000 wohnungen) kündigt eine modernisierung in mehreren ihrer altbauwohnungssiedlungen an und damit mieterhöhungen um 1,-- dm bis 1,25 dm. die mieter müssen unterschreiben, mit der modernisierung und der mieterhöhung einverstanden zu sein. es wird also ein vertrag abgeschlossen. fast alle mieter unterschreiben, weil die wohnungen sehr renovierungsbedürftig sind. mieter, die nicht unterschreiben, werden unter druck gesetzt (jetzt müssen sie auch unterschreiben, weil soundsoviel unterschrieben haben).

1972: bis zum herbst sind in allen betroffenen siedlungen die wohnungen "fertig", es bleiben mängel, schäden und die wohnungen bleiben natürlich altbauwohnungen. trotzdem kommt nun die saga und fordert eine mieterhöhung von 1,80 dm/qm, d.h. eine miete von 4,80 dm/qm - soviel kosteten zu der zeit die mieten in den Neubauten des "sozialen wohnungsbaus" der saga. in einem block von 128 mieterparteien werden proteste laut, unterschritten werden gesammelt gegen die unverschämte mieterhöhung, versammlungen werden abgehalten, verhandlungen mit der saga finden statt, eine mieterinitiativgruppe von 8 leuten wird gebildet.

sept. 1973: durch den druck der mieter ist die saga erst einmal gezwungen, die mieterhöhung für september zurückzunehmen, weil sie viel zu spät angekündigt wurde (sie muß mindestens 14 tage vorher angekündigt werden). dann mußte die saga die mieterhöhung weiter verschieben, weil die mieter nicht bereit waren, erhöhte miete zu bezahlen, solange noch schäden in den wohnungen bestanden und die "werterhöhung" noch nicht mal gelaufen war.

dez. 1973: endgültige mieterhöhungsforderung von seiten der saga um 1,80 dm/qm. auf einer versammlung der mieter wird beschlossen ein einspruchsschreiben aufzusetzen, das von allen mietern unterschrieben an die saga geschickt werden soll und weiter nur die alte miete zu bezahlen, bis durchgesetzt ist, daß die miete "nur" um 1,25 dm/qm erhöht wird, wie die mieter zuvor unterschrieben haben. etwa 60 mieter unterschrieben das einspruchsschreiben. wer wirklich nur die alte miete bezahlte, war nicht festzustellen. die öffentlichkeit wurde mit flugblättern und zeitungsentwürfen informiert. in anderen siedlungen wurde die information auch verbreitet und es begann in mehreren siedlungen protest laut zu werden. bei den versammlungen der mieter vom hastedtplatz waren meist auch einzelne mieter von anderen siedlungen anwesend, wo auch modernisiert worden war. in der dennickestraße war bei etwa 140 mieterparteien schon einige monate zuvor die miete um 1,80 dm/qm erhöht worden. alle mieter hatten bezahlt. nachdem sie sahen, daß sich die mieter im hastedtplatz diese mieterhöhung nicht gefallen lassen, fingen sie auch an, sich zu überlegen, einen mietstreik durchzuführen.

schließlich gab die saga ein bißchen nach, sie senkte die mieterhöhung von 1,80 auf 1,50 bis 1,70 dm/qm. aber das reichte den mietern nicht. sie blieben bei ihrer forderung von 1,25 dm/qm höchstens.

jan. 1974: die saga spielte auf zeit, sie rührt und regt sich nicht. die mieterinitiativgruppe versuchte mehrmals, ein treffen mit den saga - vertretern zustande zu bringen, aber diese haben immer neue ausreden. mehrere mieter befolgen den rat der saga: "wenns gar nicht reicht, wohngeld" zu beantragen. sie werden alle bitter enttäuscht. einer bekommt monatlich 1,- dm wohngeld. immer wieder werden mit vertretern der saga termine ausgemacht um zu verhandeln. sie drücken sich aber jedesmal. auf einer wahlveranstaltung der spd in harburg konnten die mieter aus der mieterinitiative vom hastedtplatz das "soziale geschwätz" der herren chsar meister und john leyding, vorstand der saga, so gut entlarven, daß die veranstaltung abgebrochen wurde, sie waren zu sehr in der enge.

feb. 1974: die mieter drohen mit prozeßen. auf jeden fall geht der mietstreik weiter. durch verbindungen zu anderen mietergruppen wächst auch die macht gegen die saga.

es wird ihr nichts anderes übrigbleiben als sich mit den forderungen der mieter auseinanderzusetzen.

aus berichten von mietern aus einigen mieterinitiativen in hamburg wurde eine dokumentation über den bisherigen stand der mietkämpfe im hamburg zusammengestellt.
(zu beziehen: günther gentzsch, 21 hamburg 90, hasteditplatz 19)

die saga sagt: wir sind immer für sie da, wir wollen nur ihr bestes!

die mieter sagen: ihr wollt unser bestes, unser geld wollt ihr!

DARMSTADT (ID) BERICHT ZUM WOHNUNGSKAMPF

18. februar die traube war ein städtisches hotel, das 1968 "unrentabel" geworden war. und von der hotelgesellschaft, die zu 100% besitz der stadt ist, aufgegeben wurde. seitdem stand sie leer. vorbereitet durch breite öffentlichkeitsarbeit über studentische wohnungsnot wurde november 1971 ein teil der (80 zimmer umfassenden) traube besetzt. die aktion fand breiteste sympathie unter der bevölkerung, was sich u.a. in tausenden von unterschritten ausdrückte. schon bei diesen unterschriftensammlungen und informationsständen zur wohnungsnot und städtischen wohnungspolitik vor der traube wurde deutlich, welchen ungemeinen politischen wert dies haus am zentralen platz in der darmstädter innenstadt hat. sehr schnell ist immer eine (allerdings recht unspezifische) öffentlichkeit zu erreichen. außerdem bringt die lage mit sich, daß viele informationen über das städtische leben anfallen, die man in den wohnvierteln nicht mitbekommt. die stadt mußte damals angesichts der "öffentlichen meinung" und dem verständnis für die aktion in breiten teilen der bevölkerung einen teil der besetzten zimmer (über das studentenwerk) vermieten.

seitdem unternimmt sie auf der einen seite viele versuche, die traube mit büros etc. zu belegen, auf der anderen versucht sie, die zum wohnen vermieteten zimmer wieder zu räumen. ende des letzten jahres wurden somit zunächst 6 zimmer gekündigt - angeblich wegen eigenbedarfs. unsere antwort war die besetzung eines weiteren leerstehenden teils der traube mit ca. 20 zimmern am 18.2.74. die stadt wollte und konnte zu diesem zeitpunkt nicht mehr auf unsere forderung nach der ganzen traube als selbstverwaltetem wohnhaus für jugendliche in der ausbildung eingehen. sie tönte uns kriminalisierend von "rechtsbruch", brauchte aber mehrere tage, bis sie sich über bestehende rechtliche probleme einer räumung hinweggesetzt hatte und den trakt am helllichten tage, mittags um 1.00 uhr räumte, als die besatzung - wegen einer langen nachtwache, weil man die räumung frühmorgens erwartete - sehr schwach war. 17 genossen wurden verhaftet und einer erkennungsdienstlichen behandlung unterzogen.

darauf erfolgte eine reaktion, wie sie die stadt allerdings nicht erwartet hatte: innerhalb von drei stunden hatte sich die räumung - ohne daß ein einziges flugblatt verteilt wurde (nur aus der traube hing ein transparent mit der aufforderung zur demonstration) - soweit herumgesprochen, daß etwa 600 jugendliche sich vor der traube versammelt hatten. dabei handelte es sich weder um die altlurche der bisherigen politischen bewegung in darmstadt, noch um die k-gruppen. zu ihrer mehrzahl waren das jugendliche, die bisher kaum an politischen aktionen beteiligt gewesen waren: viele lehrlinge, fochoberschüler, schüler, berufstätige. nach einem bericht über die räumung, ihrer gründe und unserer forderung nach einem jugendwohnhaus wurde eine lebendige, kämpferische demonstration durch darmstädter wohnviertel durchgeführt, bei der der haufen weiter answoll.

nach der demonstration hatte keiner lust, daß die demonstration einfach auseinanderging und die teilnehmer sich wieder in einen öden abend vereinzeln. deshalb wurde der zug bis ins foyer des neuen darmstädter staats- und bonzen-theaters geführt. obwohl wir klar gesagt hatten, daß wir den - im übrigen recht gemütlichen großen raum - lediglich zur gestaltung eines gemeinsamen festes benutzen wollten (und nicht etwa, wie die bullen sofort unterstellten, eine theatervorstellung "umfunktionieren" wollten) reagierten die bullen hysterisch: das theater wurde von bereitschaftsbullen abgeriegelt - allerdings war da schon der größte teil der genossen drin. auf die begannen wiederum bullen einzuprügeln, bis sie vom intendanten gestoppt wurden. draußen zogen wasserwerfer auf. deutlicher konnten die bullen nicht darauf hinweisen, für wen der laden da ist. obwohl die das bedürfnis der jugendlichen, gemeinsam zu feiern, nicht verstanden, mußten sie doch einsehen, daß wir nicht - in ihrem sinne - "stören" wollten. sie ließen uns schließlich ins foyer, wo wir auf einer kleinen behelfsbühne "das spiel spielten, das täglich in dieser stadt, allerdings hinter verschlossenen

türen, gespielt wird". gerade dieser abend, der alle ungeheuer euphorisierte, zeigte aber auch, was eigentlich an räumen und möglichkeiten fehlt, wo jugendliche etwas mit ihrer freizeit anfangen können.

Über eine woche später explodierte in einem polizeirevier in der city nachts eine bombe. während die bullen zunächst sagten, die traube-leute (und diese verbindung wurde sofort gezogen) hätten wohl nichts damit zu tun, hatte sich wenige tage später offensichtlich die falckenfraktion bei den bullen durchgesetzt, die nur auf einen vorwand wartete, um die traube-bewohner zum schuldigen zu machen. der fand sich auch darin, daß ein nachts geschnappter parolenmalender schüler ausplauderte, die sprühdose hätte er von einem traube-bewohner. daraufhin rückten ca. 50 bullen frühmorgens an, sammelten aus 18 zimmern einen ganzen sack voll gegenstände ein, die in jedem haushalt zu finden sind, konstruierten daraus eine indizienkette, die versuchten mord belegen sollte und nahmen sieben genossen fest. nach und nach mußten alle wieder freigelassen werden - bis auf einen, den man hängen will (um nicht ganz das gesicht zu verlieren), dem man aber nichts nachweisen kann und der auch - wie alle traube-bewohner nichts mit der bombe zu tun hat. doch das ist der stadt, den bullen und auch der justiz egal, die in trauter einheit dafür sorgen, daß die traube-leute in der öffentlichkeit kriminalisiert werden. der zweck dieser mit unglaublichen mitteln der volksverhetzung (vgl. nr. 2 s. 3 dritte spalte) verfolgten kriminalisierungskampagne ist bereits in der inzwischen erfolgten fristlosen kündigung aller traube-bewohner deutlich geworden - kündigung mit der begründung u.a.: die traube sei eine "ganovenhöhle"! die traube als wohnhaus ist der von allen seiten arg bedrängten stadtdique politisch derart gefährlich geworden, daß sie ihr interesse schneller räumung von allen bewohnern jenseits rechtsstaatlicher normen durchzusetzen sucht.

BOCHUM (ID) ANALYSE VOM OPELSTREIK

18. februar Über die ausbeutung und die kämpfe bei opel ist eine analyse erstellt worden. der erste teil mit dem streikbericht, den ursachen und folgen, niederlagen und erfolgen soll dazu dienen, für die zukunft zu lernen. denn die streikwelle rollt erst an, grössere krisen stehen bevor. der zweite teil zeigt auf, wie berechtigt die kämpfe der kollegen gegen opel sind - die profite von opel werden aufgeschlüsselt. der dritte teil dokumentiert am beispiel opel bochum, inwieweit spd, staat und gewerkschaftsapparat politisch und personell verflochten sind, wie sie gemeinsam mit den bossen gegen die forderungen und kämpfe der kollegen eine front bilden und in einer konzertierten aktion den streik zerschlagen haben. aber: nach dem streik geht der kampf weiter. gegen einen solidaritätsbeitrag von vier mark ist die analyse zu haben bei: redaktionskollektiv, 463 bochum, lennershofstrasse 66/8.

BOCHUM (ID) ERSTES AUSBILDUNGSVERBOT IN NRW (siehe ID no.22)

februar 1974 am 7. februar erhielt der lehramtsanwärter norbert otte einen schriftlichen ablehnungsbescheid der einstellungsbehörden in arnsberg auf seinen antrag auf übernahme in das referendariat.

drei monate mußte otte auf diesen bescheid warten.

die begründung für die ablehnung ist scheinbar einleuchtend. gegen norbert otte ist ein strafverfahren (wegen politischer meinungäußerung) anhängig. es geht bei dem verfahren um einen artikel, der vor nunmehr fast vier jahren in der bochumer studentenzeitung erschien. otte war damals einer der vier verantwortlichen redakteure. außer dem verweis auf das immer noch nicht entschiedene verfahren gibt die einstellungsbehörde dann angebliche "zweifel an der charakterlichen eignung" des bewerbers an. doch der wahre grund ist politischer natur. so heißt es im ablehnungsbescheid: "vor abschluß des verfahrens kann ich nicht abschließend beurteilen, ob sie die gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit für die freiheitliche demokratische grundordnung im sinne des grundgesetzes eintreten."

bereits im einstellungsverhör, dem sich norbert otte unterzog, wurde nicht nur das strafverfahren als grund für die nichteinstellung genannt, sondern vor allem auch seine politische betätigung an der ruhruniversität bochum. u.a. wurde ihm seine kandidatur auf der "roten einheitsliste" für das studentenparlament vorgehalten.

jetzt soll otte laut ablehnungsbescheid auf eine neuerliche richterliche entscheidung in dem fast vier jahre währenden rechtsstreit warten. das aber heißt weitere verzögerung seiner einstellung, und das heißt zugleich möglicher verfall seines 1. staats-examens, da mit einem langen instanzenweg zu rechnen ist. das anhängige strafverfahren wurde bereits einmal eingestellt. in der ersten instanz wurde norbert otte dann freigesprochen. gegen seine verurteilung in der zweiten instanz legte er revision ein; sogar das wird ihm zum vorwurf gemacht. so heißt es im ablehnungsbescheid: "im übrigen haben sie die zurückstellung der entscheidung über ihren obigen antrag durch einlegung der revision gegen das oben zitiert urteil selber verursacht."

eine bereits laufende unterschriftensammlung gegen berufs- und ausbildungsverbote" (adressat landesregierung von nrw) ergab innerhalb von knapp zwei wochen bisher schon über 2500 unterschritten.

kontaktadresse: dr. med. winrich breipohl, 463 bochum, knüwerweg 40, tel. 02321/32440.

BOCHUM (ID) GEW-FACHGRUPPE GEGEN FASCHISTEN IN DER SCHULE

15. februar "deutsche jugend für deutschland's freiheit" und "macht den volksverrättern dampf - nationaler freiheitskampf" - diese sprüche schallten am samstag, dem 9.2.74, über den bahnhofsplatz in bochum. gerufen wurden sie von einer starken gruppe von npd-anhängern, die auf den stufen der berufsschule am ostring aufstellung genommen hatten. denn in der aula der schule fand eine "öffentliche kundgebung" der npd mit ihrem nrw-landesvorsitzenden statt. bereits am morgen hatten npd-leute in paramilitärischer aufmachung in bochum-linden propaganda gemacht.

die gew-fachgruppe berufsbildende schulen im ortsverband bochum protestiert gegen die abhaltung einer faschistenversammlung in der berufsschule. sie fordert von der schulverwaltung, daß die verantwortlichen für diese skandalöse raumgewährung genau festgestellt und zur rechenschaft gezogen werden. die gew-fachgruppe verlangt insbesondere aufklärung darüber, welche rolle die schulleitung der städtischen berufsschule bei der raumzuteilung gespielt hat und ob diese frage vorher im kollegium der schule erörtert worden ist.

die gew-fachgruppe ist nicht bereit, die aktivität der faschisten in westdeutschen schulen zu tolerieren. die gesinnungsgleichheit der npd mit der nsdap läßt sich einer gleichzeitig in bochum verteilten postwurfsendung entnehmen. die hetze gegen die gewerkschaften zieht sich wie ein roter faden durch dieses blatt.

die in der gewerkschaft erziehung und wissenschaft - fachgruppe berufsbildende schulen - organisierten lehrer und lehrerinnen sind nicht bereit, in denselben räumen, in denen sie sich um die bildung und erziehung junger menschen bemühen, diese hetze zu einem neuen ("nationaler freiheitskampf") zu dulden. sie fordern von der stadt bochum die endgültige sicherstellung, daß in bochum der npd in zukunft keine öffentlichen gebäude mehr zur verfügung gestellt werden.

KUDD EWÖRDE (ID) ...UND HIER WURDE AUCH NACH RAF GEFAHNDET

13. februar in der nacht zum 4.2.74 wurden die beiden vom verein realisation gemieteten häuser in kuddewörde (bei hamburg) von einer hundertschaft polizei umstellt. es handelte sich um einen einsatz des kriminaldistrikts süd aus lübeck unter der leitung von kriminaloberrat schulz.

die eingesetzten polizeikräfte stammten aus verschiedenen bereichen (mobiles einsatzkommando, politische polizei, rauschgiftdezernat, weibliche kripo, verfassungsschutz...)

den einsatz der uniformierten beamten leitete hauptkommissar jensch aus mölln. anwesend war auch der im ort stationierte polizeibeamte götz baruschke.

nachdem das haus umstellt war, begannen zivile und uniformierte polizisten, in die beiden häuser einzudringen. bewohner des nebenhauses, die durch das bellen ihres hundes geweckt wurden und deshalb schon wach waren, wurde der grund des einsatzes nicht mitgeteilt. spezielle anfragen nach einem hausdurchsuchungsbefehl wurden überhört.

lediglich zwei mitgliedern der gruppe wurde flüchtig ein ermittlungersuchen gezeigt, das sich auf einen ehemaligen bewohner des haupthauses bezog, der bereits im dezember ausgezogen war.

das ersuchen mit dem aktenzeichen gs 18/74 vom amtsgericht geesthacht (hamburg) stand in zusammenhang mit der bundesweitenfahndung nach der nachfolgeorganisation der "rote-armee-fraktion".

zu betonen ist, daß sich das ersuchen lediglich auf die aufenthaltsräume und die schlafstelle des gesuchten beschränkte. hinweise auf die ungesetzlichkeit ihres vorgehens wurden von dem einsatzleiter übergangen.

im haupthaus wurden fast alle gruppenmitglieder und gäste im schlaf überrascht. die polizisten betraten ohne anzuklopfen die zimmer, trieben die leute mit waffengewalt aus den betten und zwangen sie, sich anzuziehen. besonders mädchen, die nackt waren, beschwerten sich über die menschenunwürdige behandlung.

ein teil der gruppe wurde mit waffengewalt auf den hof zu einem dort geparkten vernehmungswagen geführt.

ein gruppenmitglied wurde in handschellen dorthin geführt, weil in seinem zimmer eine alte fahrkarte auf den namen des gesuchten gefunden worden war.

hier eine vorläufige aufstellung der bei der durchsuchung erfolgten groben übergriffe:

körperverletzungen im amt: ein gruppenmitglied wurde von einem polizeifahrzeug auf dem hof angefahren (tötungsversuch?), einem gruppenmitglied wurde mit einem revolver auf die hände geschlagen.

fahrerflucht: der fahrer des unfallwagens gab auf anfragen nach seiner dienstnummer gas und fuhr weg.

beleidigungen im amt: der kripo-beamte tretow zu einem bewohner: "bei euch schläft sowieso alles durcheinander. in welchem milieu leben sie denn hier?"

schwerer hausfriedensbruch

mehrere kfz-einbrüche

nötigung, freiheitsberaubungen: fast alle gruppenmitglieder (ca.30) wurden in irgendeiner form, meist mit waffengewalt gezwungen, das haus nicht zu verlassen, das haus zu verlassen, sich anzuziehen, sich an die wand zu stellen, die hände hochzunehmen, im verhörwagen sitzenzubleiben, usw.

diebstahl elektrischer energie: der strom für die beleuchtung und heizung des verhörwagens wurde aus unserem stromnetz entnommen.

zahlreiche verstöße gegen die strafprozeßordnung: u.a. durchsuchung ohne ermächtigung, nächtliche haussuchung ohne ermächtigung, verstöße gegen die hinzuziehungspflicht des wohnungsinhabers (u.a. bei herrn hollenkopf, der in der nacht nicht da war), widerrechtliche durchsicht von privatpapieren usw.

verstöße gegen die menschenwürde: männer und frauen wurden gezwungen, unbekleidet aufzustehen. unsere erzieherin wurde dabei unsittlich berührt, zwei weitere mädchen unsittlich belästigt.

einbrüche: eine tür wurde mit einem dietrich geöffnet, eine weitere wurde eingetreten.

sachbeschädigungen: siehe oben in einem anderen zimmer wurde ein lautsprecher beschädigt.

diebstahl: einem gruppenmitglied wurden ohne quittung papiere aus dem zimmer gestohlen. nach rückgabe zwei stunden später stellte es sich heraus, daß aus dem reisepaß, der sich bei den gestohlenen papieren befunden hatte, 300 dm fehlten.

einem weiteren gruppenmitglied fehlen dm 5,--.

im haupthaus wurden sämtliche zimmer durchwühlt und nicht in den ursprünglichen zustand zurückversetzt. als beweis haben wir fotos.

die durchsuchung dauerte länger als zwei stunden. erst nach 6.00 uhr verließen die letzten polizisten das grundstück.

es ist beabsichtigt, sämtliche strafbaren vorfälle anzuzeigen.

da wir eine wohngemeinschaft mit therapeutischem charakter sind, haben wir eine reihe von menschen bei uns wohnen, deren psychische und physische widerstandskraft nicht

allzu groß ist und die unter diesem "Überfall" besonders gelitten haben. die folgen sind bis jetzt noch nicht abzusehen.

festzustellen bleibt, daß die polizei lediglich neun mietquittungen, eine alte fahrkarte, die auf den gesuchten ausgestellt waren und eine tüte mit leeren flaschen beschlagnahmt hat.

verdachtsmomente gegen einen anderen bewohner der beiden häuser lagen nicht vor.

inwieweit verdachtsmomente gegen das ehemalige gruppenmitglied berechtigt sind oder ob die aktion anderen zwecken diene, vermögen wir nicht zu beurteilen.

KARLSRUHE(ID) WAETCKE FOLTERT LIEBER UNGESTÖRT

20. februar es geschah ende januar, als mehrere leute ins amtsgericht karlsruhe gingen, um beim hafrichter waetcke besuchserlaubnis für politische gefangene zu holen. sie wollten sich diesesmal nicht damit abwimmeln lassen, daß ihnen ein schriftlicher bescheid zugestellt wird. auf diese art sind leute von waetcke schon mehrmals beschissen worden. er braucht nur eine unterschift unter ein vorgedrucktes formular zu setzen. deshalb wollten sie die besuchserlaubnis gleich mitnehmen. waetcke ließ sie garnicht erst zu wort kommen, gab 2 bullen den befehl, sie aus dem zimmer zu werfen und drohte mit 6 wochen isolierhaft. damit bestätigte waetcke seine funktion als folterrichter. er und andere folterkollegen sind dafür verantwortlich, daß politische gefangene in unmenschliche isolierhaft gesteckt werden.

ihr geschlossener rückzug scheiterte daran, daß die bullen inzwischen die türen geschlossen, und verstärkung das gebäude umstellt hatte. daraus, daß zweien von ihnen ein bein gestellt wurde, machte dann später richter waetcke, die bullen und die presse "schwere bodenkämpfe", "blutige schlägerei", "drei niedergeschlagene bullen" usw. die drei bekamen anzeige wegen beleidigung, hausfriedensbruch, widerstand gegen die staatsgewalt. zwei wurden für 3 tage in "ordnungshaft" in den knast riefstahlstraße gesteckt. die prozesse werden demnächst sein.

komitee demokratischer bürger gegen kapitalverbrechen.

BONN (ID) KEIN ARBEITSLOHN FÜR ZWANGSARBEIT

februar 74 bereits im vorstadium der parlamentarischen beratung über die reform des strafvollzugs in der bundesrepublik wurde der plan einer angleichung der löhne für zwangsarbeit an die normalen tariflöhne verworfen. ebenso wurde eine sozialversicherung für gefangene vorerst "auf eis gelegt". die jetzt verworfenen pläne einer angleichung der zwangsarbeit an die normale entlohnung waren darauf abgezielt, die staatlichen unterhaltskosten für familienangehörige von inhaftierten auf den "arbeitslohn" der gefangenen umzulegen und dadurch staatliche gelder einzusparen. der reale verdienst der gefangenen wäre nach diesem plan kaum höher gewesen als er jetzt ist.

BERLIN (ID/FORWARD) ERÖFFNUNG EINES BERATUNGSZENTRUMS

14. februar vom forward-kollektiv und anderen, die sich mit den gesetzlichen und humanen rechten der amerikanischen bediensteten befassen, wird ein beratungszentrum für rechtsfragen und -verteidigung eingerichtet. die verwaltung der stationierten amerikaner macht eine menge ungesetzlicher scheiße und denkt, sie könnten das so weitertreiben, indem sie die leute dumm halten. solange die bediensteten nicht wissen, was ihre rechte sind, kann die verwaltung tun und lassen was sie will. um dies zu stoppen, wurde jetzt ein beratungszentrum am 16.2. in der herbertstraße 6, gleich bei der hauptstraße, nahe bar international, eröffnet. mit leuten, die sich auch mit gi-problemen beschäftigen, haben wir eine ladenfront für das zentrum gemietet. es gibt da 2 räume und eine küche, wo leute zusammen kommen können um zu essen und zu diskutieren und um rechtsberatung zu bekommen. um die leute aufzumuntern, werden zwei gut gerüstete und erfahrene ratgeber anwesend sein: ellen ray (filmemacherin und rechtlicheberaterin) und bill schaaap (rechtsanwalt), beide mitglieder des lawyers military defense comitee (lmde) aus heidel-

berg. ellen und bill arbeiteten jahrelang mit gis und bediensteten zusammen. erst kürzlich verbrachten sie 13 beratungsmonate für bedienstete in okinawa. dieses zentrum ist eine wichtige hinzufügung zu den alternativen für die stationierten bediensteten in berlin.

BERLIN (ID) DIE PROZESSE VON HAIFA

20. februar die dokumente über den gemeinsamen widerstand von juden und arabern im frühjahr 1973 wurden bearbeitet und herausgegeben vom arbeitskreis nahost/golf (im rc 1 berlin 21, stephanstrasse 60).
die dokumente werden vertrieben von: maulwurf, 1 berlin, crellestrasse 22; prolit, 63 giessen, steinstrasse 37; spartakus, 2 hamburg, von-melle park 17.

DORTMUND (ID) CISNU-DEMONSTRATION

22. februar der verein iranischer studenten hat für kommenden samstag, den 2. märz, zu einer demonstration gegen die einschränkung politischer rechte für die cisnu in dortmund aufgerufen. angemeldet wurde die demonstration von der humanistischen union - landesvorstand nordrhein-westfalen.

AUSLAND

ROM (ID/PNS) 3000 FAMILIEN BESETZEN IN ROM LEERE HÄUSER

9. februar die häuserbesetzerbewegung in rom ist in den letzten wochen beträchtlich gewachsen. über 3000 familien haben sich dem häuserkampf angeschlossen. hohe mieten und lange wartelisten für sozialwohnungen ließen mehr und mehr arbeiterfamilien leerstehende wohnungen besetzen, die von spekulanten leergehalten wurden. die familien fordern 64.000 leere häuser für sich und eine miete von 10% ihres monatslohns.

lotta continua, via dandolo 10, 00153 rom.

ZÜRICH (ID) VOLKSKÜCHE IN DEN HEGIBACH-HÄUSERN

21. februar 74 im hegibach (siehe ID nr.23 u.5) gibt es eine großküche, die ehemals im spital und später im altersheim benutzt wurde. obwohl teilweise die spültröge herausgerissen und das gesamte küchenmobiliar weggenommen wurde, konnten wir die küche wieder in betrieb nehmen. es sind eine kochkesselbatterie, ein backofen und ein kochherd vorhanden. allerdings konnten wir erst mit dem kochen beginnen, als das elektrische installiert war.

zuerst kochte ali baba, und als dieser auszog, übernahmen andere leute die verantwortung. der einzelne war aber immer zu schwach um die ganze küche in betrieb zu halten. der betrieb fiel wieder auseinander. erst als sich einige als kollektiv zusammenschlossen, funktionierte die küche wieder richtig, und das abendessen wurde zu einem richtigen treffpunkt. und jetzt konnte man auch beginnen, eine volksküche zu propagieren.

wir von der küche, die wir jeden tag zu zweit von 14-21 uhr arbeiten, verstehen sie als beitrag zum politischen kampf am hegibach.

solidarität der bevölkerung:

-vom metzger bekommen wir das fleisch oft billiger

-ein gärtner gibt uns das gemüse billiger

-ein großes lebensmittelgeschäft stellt gemüse, salate und früchte spottbillig zur verfügung.

für nur 2.50 fr. gibt es jetzt täglich von 19-20 uhr ein reichhaltiges menu. niemand verläßt hungrig wieder die volksküche. in welcher beiz (lokal) in zürich kann man heute noch so für 2.50 fr. richtig essen? wir vom hegibach zeigen, daß das durchaus möglich ist, ohne defizit. in unserer volksküche kann man nicht nur einfach billig essen, man kann sich dort auch treffen und miteinander reden, beispielsweise über die überall steigenden preise oder die mieten, die bald nicht mehr zu bezahlen sind. man kann aber durch die volksküche auch die besetzten häuser und ihre bewohner kennenlernen. in der volksküche kann man erleben, was wir im und mit dem hegibach bezwecken. entnommen der hegibacher zeitung "züri 8"; redaktion "züri 8", postfach, 8034 zürich

außerdem veranstalten die hegibacher auch einen wettbewerb:

"es gibt in zürich eine beträchtliche anzahl leerstehender oder vom abbruch bedrohter häuser, die sich noch bestens für wohnzwecke eignen. deshalb starten wir einen wettbewerb: wer kennt in zürich die meisten leerstehenden oder vom abbruch bedrohte häuser? meldet uns jedes dieser häuser! dem gewinner winkt als 1. preis: 1 woche gratisferien zu zweit im hegibach mit allem komfort! (eigne beiz, volksküche), 2. preis: 2 tage gratisferien im hegibach, 3-10 preis: 1 gratisnacht in der volksküche."

ENGLAND (ID) MIETERSTREIK

20. februar 74

in england befinden sich seit mehr als einem jahr 75 000 bis 100 000 mieter von staatssubventionierten wohnungen im mietstreik. eine tatsache die von der presse konsequent verschwiegen wird. der streik richtet sich gegen ein neues gesetz der heath-regierung im november 1972, nachdem der staat die wohnungssubventionen kürzt und dem kapital steuernachlaß gewährt (damit es im wohnungsbau investiert). um den steuerausfall zu decken, werden die mieten der subventionierten wohnungen durchschnittlich verdoppelt!

die mietstreikbewegung erfaßt vor allem den industriereichen norden englands, wales, mittlere industriestädte und london, wo ende letzten jahres die summe der nichtbezahlten mieten ca. 450 000 pfund betrug für 22 000 wohnungen (ca. 3 millionen dm). da die einzelnen mieter tendenziell isoliert sind, ergibt sich eine reale verbindende basis inbezug auf löhne und preise. so dehnt sich an einigen orten der mietstreik aus auf die verweigerung von darlehens- und abzahlungsraten wie auch auf den kampf in der fabrik, so in kirkby (nordöstlich von liverpool), wo eine mietstreikdemonstration eine fabrik blockierte, um erfolgreich die wiedereinstellung von einigen entlassenen arbeitern zu fordern.

die ausmasse des mietstreiks in england sind nicht genau erfaßbar. die bewegung scheint aber ziemlich stark zu sein, denn die regierung erwägt schon maßnahmen, um die miete direkt von dem monatlich gezahlten lohn abzuziehen!

ENGLAND (PTS/ID) BILDUNG VON PRIVATARMEE GEGEN SUBVERSIVE IN ENGLAND

13. februar

LONDON (il manifesto)

der autor eines artikels im londoner daily express, chap. pincher, hat die existenz einer kampfmäßig ausgerüsteten armee aufgedeckt.

nach pincher wurde diese armee während der letzten 2 jahre gebildet mit der absicht, "subversive elemente unter kontrolle zu halten" und "die nation gegen eine machtergreifung der kommunisten zu schützen".

die gruppe, deren finanzielle quellen unklar bleiben, soll angeblich aus geschäftsmännern, ex-militärs und früheren agenten des britischen geheimdienstes sich zusammensetzen. eine von einem gruppenführer herausgegebene erklärung wird besonders ominös anhand der tatsache, daß der streik der minenarbeiter voll im gange ist, mit der möglichkeit, daß entweder der gegenwärtige konservative oder sogar eine mögliche labour-regierung truppen einsetzen würde, um diesen streik zu beenden. er beschrieb die hauptfunktion der jetzt noch ungenannten armee folgendermaßen: "sie ist da, um die verfassung zu schützen, falls die regierung nicht fähig ist, ihre aufgaben zu erfüllen."

dies muß gesehen werden im zusammenhang mit der kürzlichen aufdeckung von aktivitäten dutzender cia-agenten in den englischen gewerkschaften.

FRANKREICH (ID) SPEZIALGEFÄNGNIS IN MENDE

februar 74 das neue gefängnis in mende ist spezialisiert auf häftlinge, die in opposition zur gefängnisverwaltung stehen. das ziel einer inhaftierung in mende ist es, den häftling zu einer totalen unterwerfung zu bringen; und die wärter von mende werden unter den wärtern ausgesucht, deren brutalität in anderen gefängnissen geschichte gemacht hat. es gibt ungefähr 30 (dreissig) gefangene und dreimal soviel aufseher. mindestdauer des aufenthalts in mende sind 18 monate.

bei ihrer ankunft werden die häftlinge verprügelt und für einen monat in eine spezielle arrestzelle gesperrt. dazu gehört auch tägliche leibesvisitation: man steht nachts in militärischer haltung auf einem eisigen gang, und wenn einmal die durchsuchung der zelle beendet ist, schauen einem die wärter in den arsch. die von der strafvollzugsordnung vorgesehenen grenzen der behandlung von gefangenen existieren hier nicht. schon bei der ankunft warnt man den häftling: "merk dir gut, wir können hier alles. in jedem fall haben wir recht, ob es nun richter, inspektoren, staatsanwälte wollen oder nicht. "

die entscheidung, einen häftling nach mende zu schicken, wird vom justizministerium gefällt. es gibt auch keinerlei beschwerdeinstanz. genausowenig wie sozialbetreuung. seit einiger zeit gibt man häftlingen arbeit. je nach leistung wird die arbeit mit 1-2 franc (0,60-1,20 dm) täglich bezahlt.

alle häftlinge, von denen wir wissen, daß sie in mende waren, tragen spuren der schläge und folterungen. bei ihrer entlassung wurden alle in gefängniskrankenhäuser aufgenommen. und noch eine tatsache, die wichtig ist: früher schickte man diejenigen nach mende, die zusätzlich zu ihrem strafdelikt wegen meuterei u.a. in der haftanstalt verurteilt worden waren. seit 1 jahr aber besteht bei der zentralen gefängnisverwaltung die tendenz, häftlinge, die als linksradikal eingestuft werden, dorthin zu schicken.

(übernommen aus der zeitung des aktionskomitees der gefangenen in frankreich, cap).

TURIN (ID) OFFENER BRIEF DER HÄFTLINGE VON TURIN AN DIE ARBEITER

januar 74 in einem flugblatt, das in turin verteilt wurde, wenden sich die häftlinge des turiner gefängnisses an die bevölkerung. ein auszugsatz aus dem offenen brief wurde von der zeitung des französischen aktionskomitees der gefangenen veröffentlicht:

"wir, die häftlinge von turin, stellvertretend für die häftlinge ganz italiens, bitten alle arbeitser, die dieses "italienische volk" darstellen, in dessen namen die justiz uns verurteilt, uns zuzuhören:

wir wollen uns nicht länger der rache dieses noch heute faschistischen strafrechtes beugen. all das, was das "gesetz" uns als verbrechen anlastet, hat seine ursprünge in unseren lebensbedingungen, in den produktionsbedingungen. wir "kriminellen" wollen nicht länger das alibi sein für all die schmutzigen existenzen, die uns und unser leben seit jeher zu ihren zwecken mißbraucht haben. und wir wollen nicht länger der niedrigste und am meisten unterdrückte teil aller unterdrückten sein.

wir fordern unsere rechte. wir fordern sie auf dem boden der verfassung und der internationalen menschenrechte. wir fordern das recht, uns gemeinsam zu vertreten, um nicht gänzlich aus jedem gesellschaftlichen zusammenhang herausgerissen zu sein

IRAN (ID) PERMANENTE HINRICHTUNGEN (auszug aus der presseerklärung der cisnu)

20. februar zwei iranische intellektuelle sind hingerichtet worden. zusammen mit 10 weiteren oppositionellen journalisten, schriftstellern und filmproduzenten waren sie beschuldigt worden, ein komplott gegen die schahfamilie geplant zu haben. während regierungsoffizielle erklärungen die verhaftung der 12 personen und die entdeckung des angeblichen komplottplanes im oktober 1973 bekanntgaben, berichteten internationale publikationsorgane, daß diese verhaftungen bereits eineinhalb jahre zuvor erfolgt waren. indem die vorwürfe gegen die verhafteten intellektuellen ganz offensichtlich nachträglich konstruiert wurden, war ein vorwand geschaffen für einen neuen propagandafeldzug

gegen oppositionelle und demokratische kräfte im iran. zugleich konnte die weltöffentlichkeit von der neuen verhaftungswelle abgelenkt werden.

fünf der 12 angeklagten intellektuellen wurden ende januar von einem militärgericht zum tode verurteilt. schah mohammed reza pahlevi hat jetzt, unmittelbar nach seiner rückkehr von einer europareise, zwei todesurteile bestätigt und kurz darauf vollstrecken lassen. es handelt sich um den schriftsteller khosrow ghosorkhi und den bauangestellten keramat daneschian.

für das regime war der zeitpunkt der hinrichtungen günstig. an den tagen vor bestätigung der todesurteile wurde das persische volk erstmals offiziell über das ausmaß des kriegszustandes informiert, indem sich der iran derzeit befindet, über die militärischen auseinandersetzungen zwischen persischen und irakischen truppenverbänden im grenzgebiet und über die bewaffnete intervention gegen die befreiungsbewegung in oman und dhofar. seit einigen tagen kämpfen persische truppen auch gegen unabhängigkeitsbewegungen in belutschistan. diese aggressionen - vom schah-regime als "sicherheitsrahmen" bezeichnet - sind ausdruck der militärischen expansionspolitik, die der iran im interesse der usa in dieser region betreibt.

während iranische studenten noch damit beschäftigt waren, die öffentlichkeit über diese ungeheuren verbrechen des despoten mohammed reza pahlevi zu informieren, wurde aus teheran die vollstreckung von sechs weiteren todesurteilen bekannt.

PORTUGAL (ID) LEBENSGEFAHR INFOLGE SCHLAFFOLTER

februar 1974 am 22. november vergangenen jahres war dem portugiesischen geheimdienst der größte coup seit jahren gelungen: in lissabon wurde der revolutionär hermenio palma de ignacio, führer der l.u.a.r (l'union pour l'action revolutionnaire), staatsfeinde nr. 1, verhaftet.

inzwischen geht es dem regime nicht mehr nur darum, seiner feinde habhaft zu werden, sondern zu vernichten. in portugal wird die berüchtigte schlaffolter angewendet, die kaum ein mensch überlebt. am 6. februar meldete die französische zeitung libération, daß die internationale vereinigung demokratischer juristen und eine anzahl französischer intellektueller an die portugiesische regierung appelliert hat, einen arzt der juristenvereinigung zur untersuchung des gesundheitszustandes von palma de ignacio zuzulassen, da bekannt geworden war, daß sich der revolutionär infolge der folter bereits im coma befindet.

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1 OFFENER BRIEF KÖLNER BÜRGERINITIATIVEN

12. februar 74 zur antrittsrede des neuen oberbürgermeisters (auszug)

in ihrer antrittsrede beschrieben sie die aufgaben der bürgerinitiativen aus der sicht des stadtrates:

"als vorbildlich erscheinen mir da aktivitäten im sozialen bereich. es ist eine erfreuliche entwicklung, daß in dieser stadt mehr bürger - vor allem auch jugendliche und hausfrauen - das nun einmal notgedrungen(!) noch vorhandene defizit an öffentlichen diensten durch eigeninitiativen ausgleichen, indem sie nachbarschaftshilfe organisieren, schularbeitszirkel aufbauen, kindergärten gründen, altenkreise ins leben rufen. derartige bürgerinitiativen werden in mir stets einen mitstreiter finden, denn ohne solche privatinitiativen scheinen mir die sozialen probleme der großstadt kaum noch lösbar. "

wann endlich begreifen sie, herr van nes ziegler, daß die von ihnen beklagte unterversorgung der großstadt mit sozialeinrichtungen nicht einen schönheitsfehler darstellt, sondern typisch für eine ausschließlich am privaten profit orientierte wirtschaftspolitik ist.

diese abhängigkeit der kommunalpolitik von einer ausschließlich am privaten profit orientierten wirtschaft lehren uns die beispiele frankfurt, berlin märkisches viertel, und berlin steglitzer kreis, münchen max vorstadt und osnabrück.

demzufolge kann es für die von ihnen als "die sozial schwachen, die alten und die notleidenden" titulierten nur als ein fortschritt angesehen werden, wenn diese sich nicht länger mit hohlen formeln vom sozialstaat abspesen lassen, sondern ihre interessen in initiativen artikulieren. zunehmend begreifen auch die unterprivilegierten, daß sie tatsächlich der von john van nes ziegler geforderten "differenzierung von bürgerinitiativen" zufolge etwa mit bürgerinitiativen in bayenthal, marienburg oder junkersdorf nichts gemein haben.

tatsächlich vertreten diese initiativen sonderinteressen von privilegierten, für die seit je ein offenes ohr sich fand. (beispielsweise durchfahrtsverbot für lkws in villenvierteln, einrichtung zusätzlicher kindergärten).

gilt in diesen bezirken bürgerinitiative als schick, erweisen sich in vierteln wie nippes, niehl und ehrenfeld, aber auch in den neubaugebieten im köln norden, in bocklemünd und in neubrück bürgerinitiativen als der notwendige widerstand gegen immer unerträglichere eingriffe privatwirtschaftlicher interessen in die unmittelbaren lebensbereiche.

denn in der regel erweist sich hier der von unseren steuergeldern unterhaltene stadtrat als unfähig, die interessen der betroffenen gegenüber finanzkräftigen versicherungen (z.b. werderstraße, südstadt), vergnügungsbetrieben (altstadt) und kaufhäusern (nippes) zu vertreten.

der rat hat die proteste gegen fehlplanungen mißachtet, eigeninitiativen wie den baupielplätzen die finanzielle unterstützung verweigert. immer wieder wird versucht, den initiativen der obdachlosen und für die betreuung obdachloser jugendlicher (ssk) ihre arbeit unmöglich zu machen.

weniger denn je, herr van nes ziegler, sehen wir unsere aufgabe darin, vorhandene defizite durch unbezahlte freizeitarbeit auszugleichen, als den von unseren steuermitteln unterhaltenen apparat von verwaltung, ämtern und stadtrat durch die mobilisierung der betroffenen bürger zu zwingen, die interessen der bürger zu vertreten und unsere bedürfnisse zu erfüllen.

unterschrieben: bürgerversammlung altstadt, bürgerinitiative südliche altstadt, trägerverein abenteuer - und baupielplatz, bürgerinitiative werderstraße, interessengemeinschaft 6648, nippes, wohin in nippes kinder? (wink ev), bürgerinitiative astaweg, niehl, köln selbsthilfe ev, rieh, interessengemeinschaft obdachlosigkeit ev, frauengruppe ehrenfeld, bürgerinitiative bilderstöckchen, sprecherrat der studentenwohnheime, efferen, interessengemeinschaft gegen industriebelastigung, worringen, sozialpädagogische sondermaßnahmen köln ev

DOKUMENT 2 ERGEBNIS EINER UNTERSUCHUNG, DIE SPANISCHE KOLLEGEN VON OPEL/BOCHUM BEI DER FIRMA CLAAS IN HARSEWINKEL BEI GÜTERSLOH DURCHGEFÜHRT HABEN (vgl. ID no. 22)

bei opel sind über 200 spanische kollegen entlassen worden, indem die arbeitsverträge einfach nicht verlängert wurden. viele dieser kollegen sind dann wie die sklaven an die firma claas, landmaschinen, in harsewinkel bei gütersloh verschachert worden.

spanische opel-kollegen und deutsche opel-kollegen haben sich zusammen mit der gruppe oppositioneller gewerkschafter in der igm überlegt, was man dagegen unternehmen könnte. ein erster wichtiger schritt ist immer, gute informationen zu haben oder sich zu besorgen. daher haben sich die kollegen entschlossen, eine untersuchung über die situation der ausländischen arbeiter bei claas durchzuführen. hier ist der bericht:

wir haben ein ausländerwohnheim der firma claas in der münsterstraße besichtigt. das ist ein "heim", das aus mehreren miserablen baracken besteht, in denen die kollegen wie die tiere zusammengepfercht sind. sie bezahlen eine monatsmiete von 60,-- dm, das macht bei 4 mann pro zimmer einen profit von 240,-- dm monatlich für ein zimmer für claas. toiletten und küchen sind ganz schlecht eingerichtet. es gibt keine schränke oder kühlschränke, nur ein paar mickrige regale.

wir haben den arbeitsvertrag eines spanischen opel-kollegen, der seit dem 5.2.1974 bei claas arbeitet, gesehen. die kollegen haben einen vertrag in deutscher sprache und einen in spanischer sprache. auf dem spanischen vertrag sind nicht die löhne usw eingetragen; das steht nur auf dem deutschen. der lohn beträgt 5,38 dm. in den ersten 4 wochen kommt eine "firmenzulage" in höhe von 54 pfennig dazu: der gesamtlohn beträgt also anfangs 5,92 dm pro stunde.

claas kann die arbeiter jederzeit beliebig von einer schicht in die andere umsetzen; er kann sich auch, ganz wie es ihm paßt, als zeit- oder akkordlöhner einsetzen. das kann er machen, ohne die arbeiter vorher erst extra fragen zu müssen; sie haben mit ihrer unterschrift unter den vertrag praktisch von vornherein ihr einverständnis damit erklärt.

die kollegen haben nach ablauf von 8 wochen probezeit 14 tage kündigungsfrist. während der probezeit können sie jeden tag nach schichtende gekündigt werden.

die "firmenzulage" wird nach 4 wochen wieder weggenommen und bei der zeitlöhnern in die leistungszulage "integriert", wie es so schön heißt. wie das bei den akkordlöhnern aussieht, das steht nicht in dem vertrag. in dem vertrag steht auch nichts drin über akkordzulagen usw.

der akkord wird, wie wir aus der lohnabrechnung eines kollegen, der schon länger bei claas arbeitet, ersehen konnten, nach einem bestimmten "stückzeitwert" berechnet. das geht so: bei einem stück wird die zeit genommen, dann wird da ein akkord draufgeschlagen, so daß die stunde dann auf einmal nicht mehr 60 minuten hat, sondern z.b. 72. dann müssen die kollegen einzelakkord machen. die arbeiter, die schon länger da arbeiten, verdienen bei vollem akkord etwa 6,26 dm. das ist ungefähr 2 dm weniger als bei opel.

noch was zu den wohnheimen: ein paar liegen direkt am werk, diese baracken z.b., in denen wir waren. es gibt aber auch wohnheime der firma in gütersloh und in hilter (das ist ein kleines nest mitten im teutoburgerwald): ca. 32 km entfernt vom arbeitsplatz. einzige verbindung ist ein bus, der die arbeiter morgens zur arbeit fährt. verpassen die kollegen den bus, gelten sie als u.a. ("unentschuldigt abwesend", bei drei u.a. 's kann man schon gekündigt werden) und haben außerdem noch den lohnausfall der verpaßten schicht zu tragen. die kollegen erzählten uns außerdem noch, daß sie außerdem noch 80 dm strafe bezahlen müssen, wenn ihnen das mal passiert.

von werbern wurde den kollegen erzählt, sie würden über 7 dm verdienen. einem spanischen arbeiter wurde gesagt, er würde über 8 dm verdienen können. der werber ist ein "sozialbetreuer" der firma, der die spanier betreuen soll und von der caritas bezahlt wird. der fährt dann in der gegend rum und wirbt arbeiter an.

das arbeitstempo ist unwahrscheinlich hart. durch den teilakkord versucht jeder, so schnell wie möglich fertig zu werden mit seinem teil. kommunikation ist kaum möglich.

neben den verträgen haben die kollegen außerdem noch einen prospekt über die schönheit der gegend und der firma claas bekommen.

harsewinkel ist eine kleinstadt. die fabrikhallen von claas sind so groß wie der rest der stadt. das kann man sehr gut an einem stadtplan sehen, der am eingang der stadt hängt. die hauptstadt ist nach "claas" benannt, wie im wilden westen, wo die stadt einem einzigen gehört.

solidaritätskomitee opel/Bochum

zu erreichen über: esg bochum tel. 02321/701465

DOKUMENT 3 PROTOKOLL EINES EINSTELLUNGSGESPRÄCHES
geführt bei dem oberlandesgericht hamm, den 8.2.1974

olg = einstellungsbehörde, vertreten durch zwei richter -

b= bewerber für den juristischen vorbereitungsdienst (rechtsreferendar)

vorbemerkung:

das protokoll ist eine gedächtnisniederschrift und kann nicht den gesamten verlauf des gesprächs wiedergeben. es enthält aber alle wesentlichen fragen, die dem bewerber gestellt wurden.

olg: welchen organisationen gehören sie an?

b: ich bin zu einer "persönlichen rücksprache" geladen worden. jetzt wollen sie mit mir offenbar ein einstellungsgespräch führen. das haben sie mir nicht mitgeteilt. - ich sehe mich keinesfalls veranlaßt, hier ausführungen zu meiner politischen einstellung zu machen. deshalb beantworte ich ihre frage nicht. ich danke, sie sollten mir zunächst die einstellungshindernisse mitteilen.

olg: auch nach dem neuen beschluß der landesregierung über die beschäftigung von radikalen in ausbildungsverhältnissen haben wir gegen ihre einstellung bedenken, weil anhaltspunkte dafür vorliegen, daß sie die freiheitliche demokratische grundordnung bekämpfen. nach auskunft des innenministers sind sie 1969 im sds gewesen, später dann im sds/ml, der sich in ksb/ml umbenannte. sie haben im dezember 1970 eine demonstration für die kpd/ml angemeldet (gegen den prozeß in burgos, d.verf.), sowie anfang 1971 für die "rote garde". sie waren 1970 für den ksb/ml und dann für die rote einheitsliste, einem wahlbündnis aus maoistischen gruppen, mitglied des studentenparlaments an der ruhruniversität. sind sie heute noch in einer dieser organisationen mitglied?

b: ---

olg: wir haben die strafakte aus einem nötigungsverfahren vorliegen. danach sollen sie anfang 1971 den pressesprecher des bundes freiheit der wissenschaft, prof. scheuch, gewaltsam an der abhaltung einer vorlesung gehindert haben. das ist natürlich sehr schwerwiegend, wenn sie einen andersdenkenden an der ausübung seines grundrechts auf freie meinungsäußerung behindern. außerdem müssen wir zweifel daran haben, ob sie nicht das gleiche auch in der arbeitsgemeinschaft als referendar täten. wir müssen also in betracht ziehen, daß sie den gang der ausbildung stören könnten. das ist ein weiteres einstellungshindernis. - sie sehen, wir haben keine geheimakten und verwenden nur gerichtsverwertbare tatsachen. - was können sie zu dem strafverfahren sagen?

b: meine angebliche tat datiert vom januar 1971. bisher ist noch nicht über die eröffnung des hauptverfahrens entschieden worden. seit drei jahren also!

olg: es waren eben umfangreiche ermittlungen erforderlich.

b: der letzte beweisbeschluß erfolgt im märz 1973. es wundert mich, daß sie dieses verfahren als grund für einstellungshindernisse angeben. ich werde zu der beschuldigung nichts sagen, denn ich habe auch in dem strafverfahren von meinem einlassungsverweigerungsrecht gebrauch gemacht.

olg: für uns sind sie selbstverständlich unschuldig, solange sie nicht verurteilt sind. aber wir haben in der strafakte flugblätter, aus denen sich schwere bedenken gegen ihre einstellung ergeben. da wird laufend zum kampf aufgefordert:

kampf dem bund freiheit der wissenschaft, organisierter kampf gegen reaktionäre wissenschaft; also gewaltsames vorgehen gegen einen politischen gegner propagiert. sie haben für diese flugblätter presserechtlich verantwortlich gezeichnet. wie stehen sie heute dazu?

b: ich sagte bereits, daß ich zu meiner politischen einstellung keine auskunft gebe. - meine herren, sollten wir nicht so verfahren, daß sie mir die einstellungshindernisse schriftlich mitteilen?

olg: wir führen einstellungsgespräche. wir wollen von dem bewerber einen persönlichen eindruck gewinnen, so wie das ein richter bei einer verhandlung tut. sie können gerne zu einem zweiten gespräch mit einem anwalt kommen, aber beim erstenmal wollen wir einen persönlichen eindruck von dem bewerber gewinnen. - der aufruf zur gewalt zieht sich wie ein roter faden durch die flugblätter. da wird nicht nur der bund freiheit der wissenschaft als faschistisch angegriffen, sondern auch die spd. da wird gegen mitbestimmungsideologie und reformismus und revisionismus geschossen. wenn sie selbst gegen die mitbestimmung sind, dann bleibt doch nur gewalt als mittel der auseinandersetzung. wie stehen sie dazu?

b: ---

olg: in den flugblättern wird das parlamentarische system laufend verhöhnt. da heißt es: die brd sei ein imperialistisches system - "das kapital und seine staatsdiener" - und schließlich greifen sie noch die gewerkschaften an (in dem flugblatt war ein angriff gegen gewerkschaftsführer, d.verf.). die gehören in weiterem sinne auch zu unserem parlamentarischen system.

b: ---

olg: wenn sie sich nicht zu dem strafverfahren äußern wollen - wofür wir verständnis haben - will ich ihnen eine theoretische frage stellen: nehmen wir an, sie wären bei der vertreibung von prof. scheuch nicht dabeigewesen. was halten sie denn von einer solchen aktion, wenn die massen aufgeputscht und der gegner niedergeschrien wird?

b: ---

olg: hier in der akte ist auch ein flugblatt des shb. das ist nicht von ihnen. da wird gesagt, man müsse den roten hahn auf das dach der uni setzen. das ist aufforderung zur brandstiftung! wenigstens dazu sollten sie etwas sagen können.

b: grinst

olg: sie grinsen darüber. das ist eine aufforderung zur brandstiftung, dagegen müssen sie doch sein.

b: sie haben mir jetzt die einstellungshindernisse genannt. sie haben tatsachen angeführt, die bis anfang 1971 gehen. danach haben sie nichts mehr. ich bin der meinung, daß ich die einstellungsvoraussetzungen auch nach dem beschluß der landesregierung erfülle. ich habe die schriftliche erklärung abgegeben, daß ich jederzeit für die freiheitliche demokratische grundordnung eintreten werde. sie haben keine gegenwärtigen tatsachen genannt, die zu einer nichteinstellung führen könnten. ich sehe mich auch weiterhin nicht veranlaßt, meine politische meinung darzulegen.

olg: wir haben aus den vorliegen unterlagen schwerwiegende zweifel. es liegt an ihnen, diese zweifel auszuräumen. da reicht eine allgemeine erklärung nicht aus. sie müssen uns überzeugend nachweisen, daß sie von ihren alten einstellungen abgerückt sind.

b: wie soll ich ihnen das denn nachweisen?

olg: wir haben gleichzeitig mit ihnen gegen einen rechtsradikalen bewerber ermittelt. der konnte uns nachweisen, daß er aus politischer überzeugung aus der npd ausgetreten ist. man kann aus verschiedenen gründen aus einer organisation austreten; es muß schon aus politischer überzeugung sein.

b: ich habe die erklärung unterschrieben.

olg: das kann ein lippenbekenntnis sein. sie müssen uns konkret nachweisen, daß sie die freiheitliche demokratische grundordnung nicht mehr bekämpfen.

es ist keinesfalls so, daß ich die zusage hätte, im falle eines solchen nachweises eingestellt zu werden. vielmehr machten die sachbearbeiter öfter die bemerkung, man müsse den ausgang des strafverfahrens abwarten. das kann gut nochmals drei jahre dauern.

die sachbearbeiter hatten sämtliche gegen mich früher anhängigen strafverfahren (wegen demonstrationen) vorliegen. da diese verfahren schon lange eingestellt worden sind, z.b. wegen des amnestiegesetzes, verzichtete man auf die verwertung dieser verfahren. auf dem tisch lagen sogar akten über verkehrsordnungswidrigkeiten (z.b. 10, -- dm bußgeld wegen parkens im parkverbot!) . man wies mich ausdrücklich darauf hin, daß man auch diese verfahren nicht gegen mich verwenden wolle!

das olg hatte mir am 21.12.1973 mitgeteilt, daß über mich noch weitere feststellungen zu treffen seien. bei dem einstellungsgespräch lagen nur akten vor, die das olg auch schon am 21.12.1973 hatte. das gespräch hätte also schon sechs wochen früher stattfinden können.

DOKUMENT 4 AUSZUG AUS DER HAUSORDNUNG IN DER JUSTIZ-VOLLZUGSANSTALT KÖLN-OSSENDORF

belehrung über das verhalten in der anstalt

durch meine unterschrift bestätige ich, daß ich von nachstehenden punkten kenntnis erhalten habe:

- zur anstaltszucht gehört ein benehmen, wie es von jedem anständigen bürger des staates zu erwarten ist. er hat auch die bediensteten zu grüßen.
- betritt ein bediensteter den haftraum, so hat der gefangene sich zu erheben und eine ordentliche haltung einzunehmen.
- wegen versuchten oder vollendeten verstoßes gegen die hausordnung wird mit einer hausstrafe bestraft:
 - wer die weisungen der beamten nicht unverzüglich befolgt.
 - wer verbindung mit der aussenwelt aufnimmt (z.b. durch sprechen, schreiben, oder zeichen) oder wer sich mit anderen gefangenen von fenster zu fenster unterhält.
 - wer gegenstände - auch geld - in besitz hat, die ihm nicht ordnungsgemäß durch die hausvaterlei ausgehändigt oder besonders genehmigt wurden und wer geschäfte jeglicher art (z.b. kauf, tausch, schenkung) mit anderen gefangenen oder außenstehenden vornimmt.
 - wer sich beim besuch, im arrest, auf außenkommando oder überhaupt in der anstalt etwas zustecken läßt, heimlich zurücksteckt oder aufbewahrt.
 - wer briefe oder kassiber aus oder innerhalb der anstalt schmuggelt oder andere gefangene dazu veranlaßt. wer für mitgefangene schriftsätze verfaßt.
 - wer bücher, zeitungen oder zeitschriften weitergibt.
 - wer beim antreten oder auf dem weg zur arbeit, zur freistunde oder kirche sich mit anderen gefangenen unterhält oder auf sie wartet und bei dieser gelegenheit oder während der arbeitszeit raucht oder rauchwaren mitnimmt.
 - wer schlafdecken als sitzunterlage benutzt oder ohne ärztliche genehmigung während der zeit vom aufschluß bis zum einschluss im bett liegt.

ich bin ferner darüber belehrt,

-daß der empfang von paketen mit lebens- oder genußmitteln nicht gestattet ist. andere pakete bedürfen der vorherigen erlaubnis der anstaltsleitung. die annahme von nicht genehmigten paketen wird verweigert.

-daß, wer seinen arbeitslohn hauptsächlich für den einkauf verbraucht und nicht dafür sorgt, daß seine eigenen sachen gehörig hergerichtet werden, bei der entlassung nicht mit einer unterstützung rechnen kann.

-daß ich eine meldung erstatten muß, wenn ich von dem plan einer selbstbeschädigung, eines selbstmordes, eines angriffs, einer flucht oder von einer verabredung zu unge-

horsam und meuterei erfahre.

-daß strafgefangene oder junge gefangene zur arbeit verpflichtet sind und pro tag 6, -- dm in rechnung gestellt erhalten, wenn die zugewiesene arbeit nicht verrichtet wird.

verantwortlich für den inhalt dieser seite: justizvollzugsanstalt ossendorf.

DOKUMENT 5 UNTERLASSENE MEDIZINISCHE HILFE IN DEN HAFTANSTALTEN

der fall katharina hammerschmidt ist kein einzelfall, keine auf berlin beschränkte "medizinische"panne. beispiele dafür:

wegen "hochgradiger kreislaufstörungen" und "stundenlang anhaltender dämmerungszustände" erklärten medizinische gutachter monika berberich anfang januar dieses jahres in ihrem prozeß in berlin für verhandlungsunfähig. sie war seit dem 8.oktober 1970 total isoliert

der prozeß gegen astrid proll mußte am 1.februar 1974 abgebrochen werden. dr.hans-georg schmidt-voigt, kreiskrankenhaus bad soden, stellte in seinem gutachten vor gericht "akute kollapsgefahr" fest. astrid proll war acht monate im "toten trakt" des gefängnisses köln-ossendorf von allen sozialen und sensorischen umwelteinflüssen total isoliert.

eine kiefer-vereiterung und daraus resultierende schwere kreislaufbeschwerden von marianne herzog wurden im mainzer untersuchungsgefängnis monatelang lediglich mit schmerzstillenden und schlaftabletten "behandelt".

manfred grashof wurde nur vier tage nach einer schweren lungen- und kiefer - operation in eine nicht steril zu haltende normale haftzelle des untersuchungsgefängnisses hamburg gebracht.

bei klaus jünschke, justizvollzugsanstalt zweibrücken, treten seit anfang dieses jahres dieselben isolationsfolgen wie bei berberich und proll auf.

in keinem dieser - ausnahmslos dokumentarisch zu belegenden - fälle haben die ärzte der betreffenden haftanstalten protestiert. in den meisten fällen haben sie eindeutig gegen die physische und psychische gesundheit gerichtliche maßnahmen der justiz durch unterlassen wirksamer medizinischer hilfe noch unterstützt.

komitee gegen die folter an politischen gefangenen, frankfurt, februar 1974

DOKUMENT 6 PROZESSBERICHTE

die uns in der letzten zeit erreicht haben

9. november 73 in h a m b u r g fand ein prozeß gegen den genossen dieter s c h u t t, der mitglied des marxistisch-leninistischen zentrums ist, statt. dieter war angeklagt, die brd "durch verbreiten von schriften beschimpft und böswillig verächtlich gemacht zu haben". er bezeichnete in der mlz-zeitung "der funke" polizisten als "bullen", "ausgebildete killer" etc. dieses wurde im zusammenhang mit der ermordung von thomas weissbecker geschrieben. als er dann genschler und ruhnaus als "clique" bezeichnete und die morde an thomas und georg als zwei morde weiter auf dem weg zu polizeistaat nannte, machte man ihm den prozeß. im ersten wurde er freigesprochen, die staatsanwaltschaft legte berufung ein und daraufhin wurde er am 19.11. zu 1.000 dm geldstrafe verurteilt.

- 10.-17. dezember 73 in b o c h u m warf man der genossin gabriele k r ö c h e r vor, am 7. juli 73 beim versuch nummernschilder zu klauen, auf dazugekommene polizisten geschossen zu haben. gabi erklärte, 7 wahlverteidiger benannt zu haben, von denen keiner erschienen war. diese konnten unter dem vorwand des zwanges zur kurzfristigen terminierung des prozesses ausgeschlossen werden. den anwesenden pflichtverteidiger schenkel lehnte sie ab, aber nach beratung beschloss das gericht, schenkel die verteidigung zu übertragen. gabi kündigte daraufhin an, nicht mehr freiwillig am prozeß teilnehmen zu wollen. der vorsitzende befahl dann die zwangsvorführung mit einer knebelkette. sie verweigerte alle aussagen, auch die angaben zur person. am zweiten verhandlungstag wurde sie wegen fortgesetzter störung in die zelle zurückgebracht. bei der zeugenvernehmung (polizeibeamte, bewohner des viertels, wo die schießerei stattfand) stellte sich heraus, daß keiner genaue angaben machen konnte über die geschehnisse. und es konnte gabi kein waffengebrauch nachgewiesen werden. - der staatsanwalt stellte strafantrag auf 10 jahre. gabi wurde wegen versuchten mordes zu 8 jahren verurteilt.
3. januar 74 in t ü b i n g e n wurde gegen den architekten rainer m ü h l i c h verhandelt. anklage: beleidigung des landespolizeipräsidenten dr. karl heuer. mühlich hatte im letzten jahr einen leserbrief geschrieben, in dem heuer unter anderem als "handlanger der billigsten sorte, staatstreu bis zum massengrab" bezeichnet wurde. diese äußerung stand insbesondere im zusammenhang mit der bespitzelung einer tübinger demonstration durch die politische polizei und mit der erschießung des lehrlings richard epple 1972. bis auf einen wurden alle anträge zum beweis der im leserbrief getroffenen feststellungen abgelehnt. mühlich wurde zur zahlung von 600 dm verurteilt.
18. januar 74 in h a m b u r g wurden die hausbesetzer des inzwischen abgebrochenen hauses ekhofstraße 39 nach mehrmonatiger verhandlungsdauer verurteilt. der vorsitzende des gerichts sagte in der urteilsbegründung, der begriff "hausbesetzer-prozess" sei für diese verhandlung irreführend, weil die tatsache der hausbesetzung der geringste vorwurf sowohl in der anklage als auch im urteil gewesen sei. in diesem prozeß hätten vielmehr gewaltsame übergriffe im mittelpunkt gestanden. die hausbesetzer hätten mit dem eingreifen der polizei gerechnet und einen gewaltsamen widerstand organisiert. das gericht wertete die taten der angeklagten als bewaffneten landfriedensbruch, gemeinschaftlichen hausfriedensbruch, versuchte gefangenenerbefreiung, widerstand gegen die staatsgewalt und beleidigung. das gericht verurteilte in abwesenheit die angeklagten zu strafen zwischen 16 monaten freiheitsentzug und vier freizeitarresten.
22. januar 74 in m ü n c h e n begannen die prozesse gegen drei demonstranten vom roten antikriegstag 1972. dort stehen zur zeit die rotgardisten alexander haschemi, bernd reiser und hubert lehmann vor gericht wegen "besonders schwerem landfriedensbruch und unerlaubtem waffenbesitz". am zweiten prozesstag wurde die öffentlichkeit ausgeschlossen. die anträge der verteidigung wurden sämtlich abgelehnt. als beweismaterial ließ der staatsanwalt eine kiste voller helme und holzknüppel im gerichtssaal aufstellen - obwohl keiner der angeklagten offiziell verhaftet und auch keine "waffen" bei ihnen beschlagnahmt worden waren. alexander haschemi droht die abschiebung nach persien.
21. februar 74 in n o r d h o r n fand die hauptverhandlung gegen manfred t e u b e r statt. ihm wird vorgeworfen, landfriedensbruch begangen zu haben. (landfriedensbruch (?): wenn sich bürger zu einer protestversammlung zusammenfinden und für ihre rechtmäßigen interessen demonstrieren - die bevölkerung von nordhorn wehrte sich anfang juli 73 gegen den ausbau eines nato-bombenabwurfsplatzes.) manfred wird weiter vorgeworfen, am sonntag, den 17. juni steine geworfen zu haben (beweise: fotos von polizeireportern, wo jemand mit erhobenen armen abgebildet war.) der prozess wurde wegen störung durch die öffentlichkeit abgebrochen und vertagt.

22. februar und 1. märz 74 laufen in dortmund die prozesse gegen den chemiker norbert o s s w a l d und den studenten michael s c h u l t e. sie haben presserechtlich verantwortlich gezeichnet für bestimmte flugblätter und zeitschriften der kpd/ml - rote fahne, die sich vor einem jahr selbst aufgelöst hat. die flugblätter werden als "böswillige verächtlichmachung" der brd nach § 90 a StGB angesehen. in ihnen wird z.b. die brd als ein "staat des kapitals" bezeichnet und die polizei und der bundesgrenzschutz als "bürgerkriegsarmee des kapitals gegen die arbeiterklasse". die politische tätigkeit der angeklagten wird nach § 129 StGB als "rädelsführerschaft in einer kriminellen vereinigung" beurteilt. den angeklagten drohen gefängnisstrafen bis zu 5 jahren.
14. märz 74 in dortmund steht der jugendliche arbeiter siegfried m a r t s c h vor gericht. ihm wird zur last gelegt, daß er bei seiner festnahme durch die polizei in dortmund widerstand geleistet habe und an einer verbotenen demonstration (19.5.73) teilgenommen habe. am 1. mai 73 hat die landesregierung von nordrhein-westfalen sämtliche maimanifestationen links von den offiziellen dgb/spd-maifeiern verboten und ging mit grossem polizeieinsatz gegen die demonstranten vor. hunderte wurden festgenommen, als am 18. mai arbeiter, bürger und studenten wieder gegen dieses demonstrationsverbot protestierten. am tag darauf fanden erneut demonstrationen in dortmund statt, an denen sich tausende beteiligten. er hätte sich unter umständen durch bezahlung eines strafgeldes in höhe von dm 550.- oder einer vom 31.10.73 datierten rechnung über die schadenskosten für die heilbehandlung eines angeblich verletzten "einschreitenden beamten" und beschädigung seiner "dienstkleidung" über insgesamt dm 125,20 aus der affäre ziehen können. das urteil in der hauptverhandlung kann auf freispruch, geldstrafe oder gefängnis lauten.
25. märz 74 in dortmund soll der prozess gegen wilfried o e r t e l stattfinden. ihm wird zur last gelegt, daß er für einen artikel mit der überschrift "SS marschiert", der aus einer anderen zeitung komplett übernommen wurde, im impressum der opel-betriebszeitung "zündkerze" verantwortlich zeichnete.

DOKUMENT 7 OMAN, DHOFAR: KONTERREVOLUTION VERSUCHT BEFREIUNGSBEWEGUNG ZU LIQUIDIEREN

im rahmen einer breit angelegten offensive sind tausende von persischen soldaten, britische offiziere und söldnertruppen in die befreiten gebiete von dhofar einmarschiert. bomber mit hoheitszeichen mehrerer staaten fliegen pausenlos einsätze und britische sowie iranische kriegsmarine ist in bisher einmaliger stärke vor der küste zusammengezogen worden.

gleichzeitig richten sich die angriffe gegen die volksdemokratische republik jemen - insbesondere das 5. und 6. gouvernement - ... schon am 6.12.1973 hatte ein jemenitischer sprecher in beirut festgestellt, daß bereits während des IV. nahost-krieges die volksmiliz der vdr jemen im grenzgebiet zur südlichen provinz omans, dhofar, von den aggressoren in kämpfe verwickelt worden ist. der sprecher hatte weiterhin ausgeführt, daß iranische luftwaffe in oman eingetroffen sei und sich iranische kriegsschiffe in richtung auf die küste von oman und der vdr jemen bewegten.

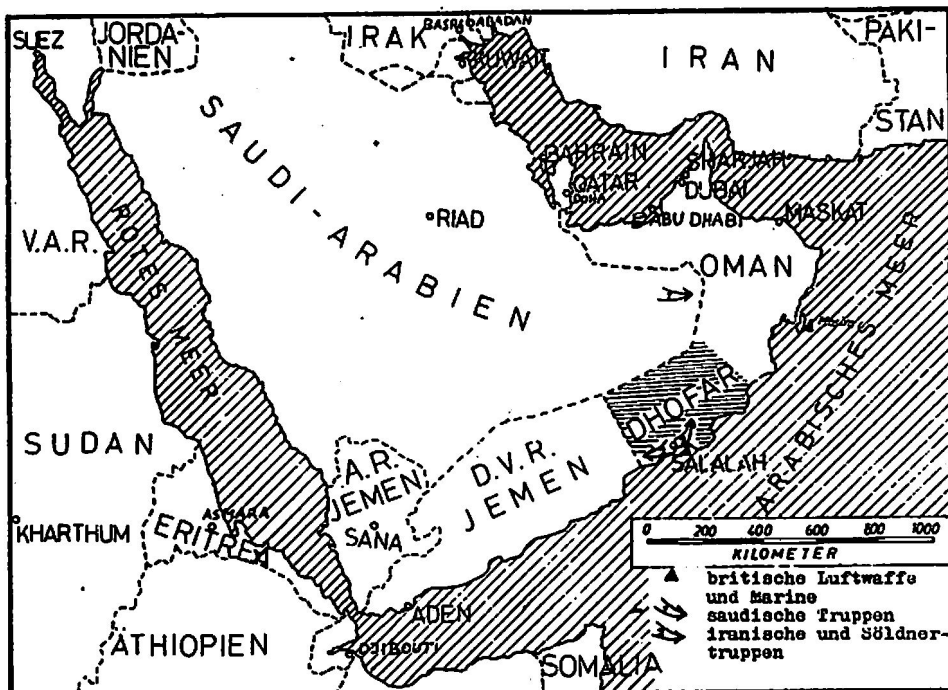
in einem telegramm der pfloag - volksfront für die befreiung omans und des arabischen golfs - an den vorsitzenden des präsidialrates der vdr jemen, sal im rubeia ali, informiert die volksfront über den angriff iranischer truppen ... der überfall werde mitgetragen von söldnern des marionettenregimes in maskat, oman, und der britischen royal air force. alles weise darauf hin, daß dieses komplott darauf abzielt, die gesamte bewegung am golf sowie die vdr jemen zu liquidieren.

wie ernst die situation ist, wird klar, wenn man den aufmarsch der konterrevolution genauer betrachtet:

saudi arabien hat in letzter zeit für milliardenbeträge modernste waffen eingekauft - hat kahmis misheit an der grenze zur vdr jemen zu einem luftwaffen- und raketenstützpunkt ausgebaut und in oman etwa 30 000 soldaten stationiert

der schah von persien hat in den vergangenen 3 jahren mehr als 10 milliarden dm für waffenkäufe ausgegeben- von seinen truppen wurden bis heute 5 arabische inseln im golf besetzt - in einem interview antwortete er auf die frage, was er für die größte gefahr der erdölversorgung der westlichen welt halte: "die möglichkeit, daß einige regierungen auf der anderen seite des persischen golfs gestürzt werden ... nehmen sie den aufstand in der provinz dhofar in oman! ... ich kann keine subversive tätigkeit dulden ..." (news-week, mai 1973)

großbritannien wendet nach wie vor die methoden der kolonialzeit an - von den britischen stützpunkten (sallala, masirah) kommen seit jahren die bomber der royal air force zum



einsatz - ein britischer offizier ist kriegsminister des sultan von oman

usa teile der 7. flotte, die im indischen ozean kreuzt, haben bab al mandeb (einfahrt zum roten meer) passiert - die us luftwaffe unterhält in saudi arabien mehrere stützpunkte. israel hat laut "time" seit 1973 kommandoeinheiten auf inseln im südlichen roten meer stationiert

nord jemen (arabische republik jemen) ... hier sind mit saudischem und amerikanischen geld und unter anleitung von us offizieren neue söldnertruppen aufgestellt worden.

nach der vertreibung der britischen kolonialmacht wurde 1967/68 die volksdemokratischen republik jemen errichtet. die fortschrittliche entwicklung in der vdr jemen war den imperialisten und der lokalen reaktion von anfang ein dorn im auge.

im engen zusammenhang damit steht die befreiungsbewegung in oman und am golf, die sich seit 1965 immer mehr ausgedehnt hat. unter führung der pfloag wurde der größte teil dhofars befreit, wo eine umfangreiche aufbauarbeit erfolgreich in angriff genommen worden ist. die befreiungsbewegung genießt nicht nur in oman die breite unterstützung der volksmassen, sondern zunehmend auch in den scheidtümern am golf. die große bedeutung der vdr jemen und der volksbefreiungsbewegung am golf besteht darin, daß den arabischen völkern eine wirkliche alternative zu unterdrückung und abhängigkeit vor augen geführt wird.

qabus, sultan von oman, sagt: "wenn die liquidierung der revolution nur in der liquidierung der einzelnen kämpfer bestünde, wäre das eine leichte sache. wir haben unsere luftwaffe und unsere soldaten geschickt - wir haben alles bombardiert und zerstört." (al nahar, 22.3.1973)

bereits 1970/71/72 - jeweils in herbstoffensiven - versuchte großbritannien im bündnis mit dem sultan und saudi arabien die befreiungsbewegung zu liquidieren. dies blieb ohne erfolg und der bewegung gelang es, sich weiter in den volksmassen zu verankern.

gerade feisal von saudi arabien und der schah von persien haben sich in den letzten monaten als verteidiger der nationalen interessen ihrer völker in den vordergrund gespielt. hinter diesem prestigegewinn kann die lokale reaktion ihr wirkliches gesicht verstecken. nach wie vor ist sie fest mit den imperialisten verbündet und erfreut sich entsprechend der nixon doktrin gewisser zugeständnisse: um auch mehr als bisher daran beteiligt zu sein, die interessen der imperialisten zu verteidigen.

während der sogenannte ölboykott der arabischen staaten schlagzeilen einnimmt, erfährt man über diese ereignisse kaum etwas. dadurch soll verhindert werden, daß es in der weltöffentlichkeit zu protesten kommt. wir fordern deshalb dazu auf, dem apell der volksfront nach breiter solidarität zu folgen!

arbeitskreis nahost:golf im rc
arabischer studentenverein - west-berlin
e s g - ausländerpfarrer

LETZTE MELDUNG

FRANKFURT(ID)

DIE SAMSTAGSDEMONSTRATION

die demo begann gegen 11 uhr am opernplatz. anfangs waren es etwa 4000 demonstranten, später wuchs der zug auf 7000 an. die ersten aktionen begannen auf der zeil, als straßenbahnen mit nulltarif- und mietstreikparolen beschriftet wurden, um die bevölkerung in den stadtteilen auf die aktionen aufmerksam zu machen. in der innenstadt gingen einige scheiben von banken und spekulantenhochhäusern zu bruch. am wohnungsamt, wo auch scheiben ziel einiger steine waren, versuchte die polizei, die demonstranten mit knüppeln vom steinewerfen abzuhalten. die demonstration zog dann durch das westend an verschiedenen leerstehenden häusern und büroräumen vorbei und mündete am hoch-tief-hochhaus in die bockenheimer landstraße. auf der höhe des bereits zerstörten blocks bockenheimer landstraße - schumannstraße deckten die demonstranten die bereitstehenden polizeikräfte mit steinen ein. es wurden nebelbomben auf die wasserwerfer geworfen und barrikaden errichtet. der demonstrationszug wurde gespalten, was den bullen einige schwierigkeiten bereitete. etwa 20 polizisten sind verprügelt worden. nach kurzer und heftiger straßenschlacht zogen sich die demonstranten auf den campus zurück. (die uni liegt unmittelbar neben dem zerstörten häuserblock) kurz nach der auflösung der demonstration wurde die universität hermetisch abgeriegelt. greiftrupps und eine unmenge von zivilen waren unterwegs, um jede ansammlung sofort zu zerschlagen.